



vielbunt - queere Community Darmstadt e.V.

Tim Huß / Anne Marquardt

Wilhelminenstr. 7a
64283 Darmstadt

tim.huss@spd-darmstadt.de
anne.marquardt@spd-darmstadt.de

25.01.2021

Fragen: LSBT*IQ in Südhessen anlässlich der Kommunalwahl 2021

Lieber Herr Arnold, liebe Frau Schweitzer,

liebe Mitglieder des Vorstandes vielbunt,

vielen Dank für die Forderungen zur Kommunalwahl 2021. Gerne nehmen wir dazu Stellung. Sollte es von Ihrer Seite dazu Gesprächsbedarf geben, stehen wir beide sowie unsere Kandidat*innen Sasha Young und Alexander Kerkhoff Ihnen gerne zur Verfügung.

Weitere Positionen von uns in Bild und Ton finden Sie auf der Seite des Jugendringes Darmstadt (www-jugendring-darmstadt.de). Dort haben wir Fragen des Queeren Zentrums beantwortet.

Viele Grüße

Anne Marquardt und Tim Huß

1. Unisex-Toiletten + Unisex-(Einzel-)Umkleiden

Menschen sollen sich ungeachtet ihres Geschlechts in städtischen Gebäuden wohlfühlen können. Wo die räumlichen Gegebenheiten es jetzt schon möglich machen, wollen wir schnell entsprechende Toiletten und Umkleiden einrichten. Das wird nicht in allen Gebäuden sofort funktionieren, aber wir wollen einen festen Fahrplan aufstellen, damit alle Menschen in städtischen Gebäuden zur Toilette gehen und sich wo nötig umziehen können. Bei Neubauten werden wir prüfen, wie sich diese Bedürfnisse bereits im Bau umsetzen lassen.

2. Hilfe für LSBT*IQ Jugendliche

Queere Jugendliche sind eine der gefährdetsten Gruppen, wenn es um geistige Gesundheit und Gewalt im häuslichen Umfeld geht. Wir befürworten eine Anlaufstelle für LSBT*IQ Jugendliche im Jugendamt, an die sie sich vertrauensvoll wenden können und bei der sie in Krisensituationen akute Hilfe bekommen können. Dazu kann auch gehören, dass sichere Unterkunft vermittelt wird.

3. Queer-sensible Schulsozialarbeit

Kinder und Jugendliche brauchen gute Beratung, Begleitung und Unterstützung. Die SPD bekennt sich zu dem Ansatz, Quartiere und Stadtteile sozialräumlich zu gestalten und auszubauen. Das gilt auch für die Schulsozialarbeit. Dies beinhaltet vor allem den Ausbau der Sozialarbeit sowie der Sozialraumplanung in den entsprechenden Quartieren und damit einer Aufwertung sozialpädagogischer Arbeit. Wir wollen eine enge Verzahnung von Schulsozialarbeit und Vereinen. Ansprechpersonen für queer-sensible Fragen können genauso Teil der sozialpädagogischen Arbeit sein. Wir werden die sozialräumliche Schulsozialarbeit ausbauen und die Anzahl der Stellen für die Schulsozialarbeit verdoppeln.

Die SPD steht hinter Initiativen wie dem queeren Bildungs- und Antidiskriminierungsprojekt SchLAU, das in Projekttagen an Schulen für Respekt und Akzeptanz gegenüber lesbischen, schwulen, bisexuellen, transgender und intersexuellen Menschen wirbt. Wir unterstützen diese Projekte und wollen schon frühzeitig Diskriminierungserfahrungen vorbeugen. Wo eine hauptamtliche Koordination für SCHLAU in Südhessen angesiedelt werden kann, soll zwischen den Städten und Kreisen in Südhessen abgestimmt werden, damit auch die Finanzierung langfristig gesichert ist.

4. Inter* Sensibilisierung in der Kinderbetreuung

Sensibilisierung zum Umgang mit inter* und trans* Kindern und ihren Eltern ist ein wichtiges Feld, um sowohl Kindern und Eltern, als auch dem Personal in den Einrichtungen Sicherheit zu vermitteln. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sowohl für das Personal in städtischen Einrichtungen als auch bei den freien Trägern Weiterbildungsangebote entstehen. Da die Herausforderungen und die Ansprüche an die Erzieher*innen kontinuierlich steigen, setzen wir uns für eine bessere Bezahlung ein. Die SPD fordert die Eingruppierung der Erzieher*innen in die Entgeltgruppe 8b statt wie bisher 8a. Je nach Erfahrungsstufe verdienen Erzieher*innen dann bis zu 5500 Euro mehr im Jahr.

5. LSBT*IQ Flüchtlinge

Die Bedürfnisse queerer Menschen sind in vielen Teilen der Stadtverwaltung und Stadtwirtschaft noch nicht so verankert, wie es nötig wäre. Die SPD wird die Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung und Stadtwirtschaft für die Probleme der queeren Community sensibilisieren. Dafür werden wir in einem ersten Schritt Fortbildungen anbieten. Integration muss stärker als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung verankert werden. Die SPD wird daher die städtische Integrationsstrategie fortschreiben. Die Angebote verschiedener lokaler Träger sollen darin stärker miteinander verknüpft werden. Entscheidende Grundlage für die Strategie ist die Sichtweise der Betroffenen. Der Erfahrungsschatz der Flüchtlingshilfe in den letzten Jahren soll miteinbezogen und ein Integrationsmonitoring aufgebaut werden. Zentraler Dreh- und Angelpunkt dafür wird das Interkulturelle Büro sein.

6. Barrierefreiheit im Queeren Zentrum

Bei der Gestaltung des öffentlichen Raums in Darmstadt ist die Barrierefreiheit nicht gegeben. Dies betrifft vor allem bauliche Aspekte von Plätzen, die Haltestellen für den ÖPNV und öffentliche Toiletten, aber auch Aufzüge und Ampelanlagen mit fehlenden akustischen und taktilen Signalgebern. Bei Plätzen und Haltestellen fehlen darüber hinaus Blinden-Leitsysteme und Zugangsmöglichkeiten für Rollstuhlfahrer*innen und stark gehbehinderte Menschen. Auch sind einige Sportstätten, Kultureinrichtungen, Schulen und städtische Kitas nicht für alle nutzbar. Die SPD wird daher einen Bedarfsplan für Barrierefreiheit erstellen, aus dem sich die umzusetzenden Sanierungsmaßnahmen ergeben. Das Queere Zentrum soll darin mitaufgenommen werden.

7. Diskriminierungsfreie Sprache

Die Stadt hat eine Vorbildfunktion und muss in ihrem Handeln Geschlechtervielfalt berücksichtigen. In Formularen soll zumindest die sog. dritte Option angeboten werden. In Publikationen der Stadt werden wir konsequent den Gender* verwenden. Auch bei diesem Thema wollen wir durch die zu schaffenden Bildungsangebote für die Stadtverwaltung einen Beitrag leisten, dass alle Menschen sich von der Stadt Darmstadt angesprochen und wertgeschätzt fühlen.

Diskriminierung soll aber nicht nur sprachlich, sondern auch bei Bewerbungen für Stellen verhindert werden. Die SPD wird die Stadt zu einem Vorbild entwickeln und zukünftige Bewerbungsverfahren anonymisieren. Anonymisierte Bewerbungsverfahren legen den Fokus auf die individuellen Qualifikationen und blenden Merkmale mit Diskriminierungspotenzial aus.

8. Selbstverständnis zur Antidiskriminierung bei Städtepartnerschaften

Städtepartnerschaften sind ein wichtiges Instrument um zivilgesellschaftliche Vernetzung zwischen Städten zu ermöglichen. Wir als SPD tolerieren keine queerfeindlichen Tendenzen und Maßnahmen in unseren Partnerstädten und wollen, dass die Stadt sich dazu klar positioniert. Im Rahmen der Städtepartnerschaften wollen wir auch eine Vernetzung von queerpolitischen Akteur*innen in Politik und Zivilgesellschaft ermöglichen.